

T18 Ideenbeitrag zur Grünen Zukunft

Beitragssteller*in: David Gulda
Tagesordnungspunkt: Kapitel

Text

1363 **1. EINLEITUNG**

1364 Das Bemühen um die Wiederauferstehung der Grünen auf Bundesebene, die durch die
1365 Besinnung auf das ursprüngliche Kernthema der Partei, die Ökologie, gelingen
1366 soll, muss mit dem Mut beginnen, den Ingeborg Bachmann in die denkwürdigen Worte
1367 gefasst hat: „Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar“. Und die ökologische
1368 Wahrheit ist, dass die Menschheit, dass insbesondere die Reichtumszonen des
1369 Globus, Österreich eingeschlossen, nicht so weitermachen dürfen, wie sie bisher
1370 gehandelt und gelebt haben nämlich in Saus und Braus zulasten anderer
1371 Weltgegenden sowie künftiger Generationen. Daraus ergeben sich sämtliche
1372 Forderungen, die die Grünen erheben sollten und zwar auch dann, wenn sie
1373 unbequem sind. Denn Grün heißt den geraden, den wahrhaftigen Weg gehen, nicht
1374 den pragmatisch-taktischen. Populär ist das nicht und vermutlich sind damit auch
1375 Wahlen nur bedingt zu gewinnen. Das macht aber nichts. Denn Grün heißt auch, das
1376 Gewissen des Gemeinwesens zu sein, den Finger in die Wunde zu legen und damit
1377 die Gesellschaft insgesamt und die jeweils Regierenden nach und nach in die
1378 notwendige Richtung zu drängen. Auch und vor allem aus der Opposition heraus.
1379 Die nun folgenden „radikal-visionären“ Vorschläge sind insofern realistisch, als
1380 der österreichischen Überflussgesellschaft Mäßigung durchaus abverlangt werden
1381 kann, ohne sie unzumutbaren Einschränkungen zu unterwerfen. Es ist allerdings zu
1382 betonen, dass dabei die Schwächsten der Gesellschaft nicht zurückgelassen werden
1383 dürfen. Es geht daher gleichzeitig um Maßnahmen zur gerechten Verteilung der
1384 Lasten, die die ökologische Neuorientierung der Gesellschaft verursacht.
1385 Grundprinzip dafür ist, dass die Einnahmen, die als Steuern oder Abgaben für
1386 umweltschädigendes Verhalten erzielt werden, vollständig zur Förderung für
1387 umweltgerechtes Verhalten der am wenigsten Wohlhabenden der Gesellschaft
1388 verwendet werden, damit es diesen leichter fällt, sich ebenfalls anzupassen.

1389 **2. VORSCHLÄGE**

1390 Der ökologische Frevel, den auch Österreich begeht, findet vor allem auf drei
1391 Feldern statt: Landwirtschaft, Verkehr, Bauen. Hier ist daher anzusetzen.

1392 2.1. Landwirtschaft Fleischerzeugung ist mehrfach umweltschädlich. Fleischkonsum
1393 muss daher teurer werden. Maßnahmen sind verschärfte Pflichten zu artgerechter
1394 Tierhaltung, Besteuerung importierter Futtermittel (z.B. Soja), Anhebung des
1395 MwSt.-Satzes auf Normalniveau, Förderung bäuerlicher kleinstrukturierter
1396 Mischwirtschaft durch die Bestimmung, dass der Züchter nur so viel Vieh halten
1397 darf, wie er von selbst bewirtschaftetem Grund füttern kann. Pflanzliche
1398 Monokulturen schaden der Umwelt, weil sie schädlingsanfällig sind und deshalb

1399 Pestizide und Herbizide benötigen. Daher hohe Besteuerung solcher Chemikalien
1400 sowie Einführung von Bestimmungen zur verpflichtenden gemischten Landnutzung in
1401 Fruchtfolge. Da Monokulturen aber nicht nur hierzulande schaden, sind etwa
1402 Importe von Palmöl, Kaffee, Tee, Bananen oder Avocados etc. aus Monokulturen zu
1403 besteuern; jedenfalls soll auch hier kein ermäßigter MwSt.-Satz gelten.
1404 Mehreinnahmen dienen der Förderung regionaler kleinbäuerlicher Landwirtschaft
1405 hier wie dort. Verbot von (Beimischung) von so genannten Biotreibstoffen, weil
1406 es unerträglich ist, potentielle Nahrung in Fahrzeugen zu verbrennen.

1407 2.2. Verkehr Motorisierter Individualverkehr ist massiv schädlich. Auch er muss
1408 teurer werden. Daher radikale Anhebung der MöSt. für alle fossilen Treibstoffe,
1409 Erhöhung der Autobahnbenützungsg Gebühr („Vignette“ und LKW-Maut) und Änderung
1410 der Zweckbindung der Einnahmen daraus von Straßenbau und -erhaltung zur
1411 Förderung des Bahnfernverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs,
1412 Änderung der Pendlerpauschale so, dass höchstens verbrauchsarme Kleinwagen noch
1413 gefördert werden, verbrauchsstarke SUV etc. hingegen einen Pendleraufschlag
1414 verrechnet bekommen (Fernziel: Abschaffung der Pauschale, weil sie den
1415 Individualverkehr fördert, statt ihn einzudämmen). Da auch EMobilität starke,
1416 wenn auch andere Umweltschäden verursacht, soll sie nicht gefördert werden, es
1417 sei denn, als Zweirad. Parken auf öffentlichem Grund soll teurer werden.
1418 Parkraum verringern durch Verbreiterung der Gehsteige und Schaffung bzw.
1419 Erweiterung von Radwegen. Einfahrten in die Städte sollen nicht mehr gratis
1420 sein. Automatisch gesteuerter Vorrang an allen ampelgeregelten Kreuzungen für
1421 ÖPNV. Starke Bemautung des Fernbusverkehrs, weil dieser auf längere Sicht den
1422 umweltverträglicheren Bahnverkehr gefährdet. Mindestens ebenso schädlich ist der
1423 Flugverkehr. Daher so hohe Besteuerung von Kerosin, dass Tickets spürbar teurer
1424 werden. Weiters keine Ausweitung, sondern Verringerung der Kapazitäten an den
1425 Flughäfen (Ausdehnung der Nachtflugverbote, Reduktion der Überflugrechte, keine
1426 Flächenerweiterungen der Airports, Einhebung höherer Gebühren für Leistungen von
1427 Behörden an Flughäfen). Einnahmen sind für fußgängerfreundliche Maßnahmen und
1428 den Ausbau des Radwegenetzes sowohl in Städten als auch auf dem Land zu
1429 verwenden.

1430 2.3. Bauen / Raumordnung

1431 Die Zersiedelung ist schädlich. Daher Beschränkung der Wohnbauförderung auf
1432 Einheiten in Gebäuden mit einer höheren Mindestanzahl von Einheiten (aufgeteilt
1433 in Mindestquadratmeter je Einheit), keine Ausweitung von Bauzonen,
1434 verpflichtende Dachund/oder Vertikalbegrünung bei Neubauten, Verbot von
1435 Klimaanlageanlagen und von Heizungen mit fossilen Brennstoffen. Rascher und
1436 geförderter Austausch von solchen Altanlagen und Förderung von klimagerechtem
1437 Bauen sowie der Anpassung des Altbestandes oder, nötigenfalls, des Abrisses von
1438 zur Anpassung ungeeigneten Bauten der 60er und 70er Jahre und von klimatechnisch
1439 zeitgemäßen Neubauten an deren Stelle. Abschaffung oder Halbierung der
1440 Stellplatzverpflichtungen für PKW; stattdessen solche für Fahrräder. Und derart
1441 gewonnene Flächen, dürfen nicht bebaut, sondern müssen begrünt werden.
1442 Zusammenführung von Wohn- und Gewerbezone, um kurze Wege zu gestatten. Keine
1443 Schaffung neuer Industriezonen, sondern Verpflichtung, bei Investitionen
1444 Bestandsobjekte zu übernehmen. Verbot und Rückbau von Shoppingcentern und
1445 Fachmarktzentren zur Rückverlagerung entsprechender Aktivitäten in die
1446 Innenbereiche der Gemeinden. Verpflichtung von größeren Gewerbe-, Handels- und
1447 Industrieunternehmen, mit Hilfe der öffentlichen Hand, die umweltverträgliche
1448 Arbeitsmobilität der eigenen MitarbeiterInnen zu fördern, jedoch nicht durch
1449 Geldzuwendung, sondern durch Nutzungsinitiativen.

1450 **SCHLUSSBEMERKUNGEN**

1451 Natürlich können hier Einzelmaßnahmen nur skizziert bzw. beispielhaft angeführt
1452 werden. Und selbstverständlich gibt es viele weitere, die ebenfalls in die
1453 erwünschte Richtung der Mäßigung wirken würden und daher zu empfehlen wären.
1454 Deshalb soll am Schluss noch der Hinweis stehen, dass es insgesamt darum geht,
1455 die Gesellschaft von einer Externalisierungsgesellschaft (Stephan Lessenich in:
1456 „Neben uns die Sintflut“, Piper Verlag, 2018) in eine im ökologischen Sinn
1457 Internalisierungsgesellschaft zu wandeln. Das heißt eine Gesellschaft zu
1458 schaffen, die sich nicht selbst den aktuellen Nutzen zuteilt, während sie
1459 anderen Regionen oder künftigen Zeiten die Schäden ihres Verhaltens überlässt,
1460 sondern die die durch ihren Nutzen entstehenden Nachteile und letztlich Kosten
1461 selbst trägt. Grün muss heißen, der Gesellschaft radikal ökologisches Verhalten
1462 zuzumuten und abzuverlangen. Zur sozialen Abfederung solcher Reorientierung
1463 sollen jene unterstützt werden, die sich diese nicht leisten können, etwa durch
1464 die Umgestaltung der Wohnbauförderung, durch massiven Ausbau, organisatorische
1465 Begünstigung (z.B. Vorbehalt bestehender Straßenzüge allein für den ÖPNV) und
1466 preisliche Vergünstigung des ÖPNV, durch die Förderung regionaler Netzwerke zur
1467 Lebensmittelversorgung mit lokalen bäuerlichen Produkten. Dass Grün nebenbei für
1468 jegliche Form von Mäßigung eintreten muss (z.B. Müllvermeidung, generelle
1469 Konsumminderung etc.) versteht sich von selbst. Dabei bedeutet die Abkehr vom
1470 vermeintlichen Konsumzwang den Zugewinn an Freiheit. Das sollte doch zumindest
1471 einem kleinen Teil der Gesellschaft und Wählerschaft schmackhaft zu machen sein.
1472 Wenn nicht den älteren Semestern, dann doch wenigstens der Jugend. Einen Versuch
1473 wäre es wert.